



Self and Society in the Corona Crisis

Perspectives from the Humanities and Social Sciences

Herausgegeben von Georg Mein und Johannes Pause

Self and Society in the Corona Crisis
Perspectives from the Humanities and Social Sciences

Georg Mein
Johannes Pause

The Ends of Humanities - Volume 2: Self and Society in the Corona Crisis
Edited by Georg Mein, Johannes Pause



Melusina Press 2021

Published in 2021 by **Melusina Press**

11, Porte des Sciences

L-4366 Esch-sur-Alzette

<https://www.melusinapress.lu>

Melusina Press is an initiative of the University of Luxembourg.

Concept: Niels-Oliver Walkowski, Johannes Pause

Copyediting: Carolyn Knaup, Niels-Oliver Walkowski

Cover: Valentin Henning, Erik Seitz

The digital version of this publication is freely available at <https://www.melusinapress.lu>.

ISSN	(Volume):	2716-7518
ISBN	(Online):	978-2-9199648-7-1
ISBN	(PDF):	978-2-9199648-9-5
ISBN	(EPub):	978-2-9199648-8-8
DOI	(Online):	10.26298/5a83-q111

Das vorliegende Werk steht unter einer CC BY-SA 4.0 Lizenz. Informationen zu dieser Lizenz finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und Ressourcen unterliegen der selben Lizenz, sofern sie keiner anderen Quelle entnommen oder mit einer anderen Lizenz versehen sind.



Disruption der internationalen Stadt

Alternative Geographien für Luxemburg?

Markus Hesse & Michael Rafferty

This chapter analyses the COVID-19 outbreak from a geographical and urban perspective. Most notably, it confronts the process of metropolisation and the emergence of a relational, 'small-but-global' type of city with the consequences of the contagion and the related shutdown. As a case in point, Luxembourg's capital city is explored in certain detail. The key argument of the chapter is, firstly, that the relational city is highly vulnerable against the disruption caused by the pandemic and the policy measures. Secondly, it is argued that this situation could be used to re-think the business model of small-but-global cities and to reflect upon alternative geographies for the Grand Duchy's future development.

Metropolisierung als Ausgangssituation

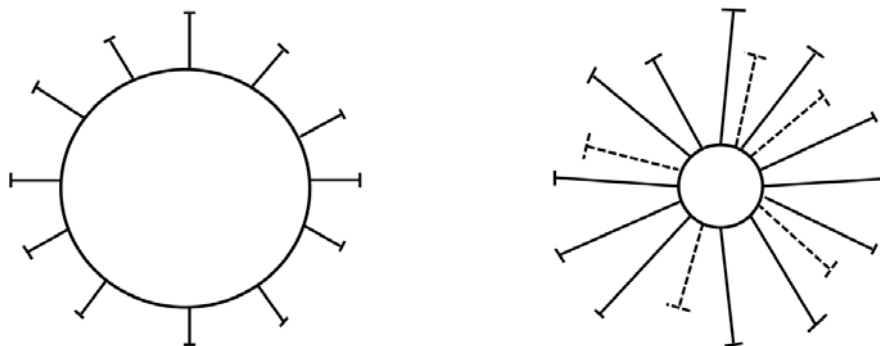
Luxemburg ist seit einigen Dekaden Gegenstand einer tiefgreifenden Transformation, die mit dem Aufstieg des Großherzogtums zu einem globalen Zentrum von Dienstleistungen und des Finanzmarktes zu tun hat. Als einziges Mitgliedsland der Europäischen Union ist seine jüngere Entwicklung nahezu durchgängig von wachsender Bevölkerung und Wirtschaftskraft bestimmt. Auch wurde Luxemburg-Stadt in der Nachkriegszeit zu einer der drei Hauptstädte der EU bestimmt, mit einem Schwerpunkt auf legislative und finanzpolitische Aktivitäten. Diese wirtschaftlich-politische Bedeutung hat der Hauptstadt trotz ihrer begrenzten Größe das Flair einer Metropole verliehen, und zugleich ist der Widerspruch zwischen großer wirtschaftlicher Stärke und fehlender Infrastruktur manifest.

Der diesen Veränderungen zugrunde liegende Prozess wird in der jüngeren Literatur der Stadtforschung auch als *Metropolisierung* bezeichnet (vgl. Hesse 2019, 2016; Hesse/Wong 2020). Sie besteht zunächst aus einer international geprägten Stadtentwicklung, da die relevanten Dienstleistungszweige global agieren und auf vielsprachiges, hochqualifiziertes Personal angewiesen sind. Metropolisierung erzeugt zweitens eine Stadt der Beschäftigten und Unternehmen – einen Ort der Büros, nicht der Wohnhäuser. Wirtschaftliche Spezialisierung konstituiert einen Immobilienmarkt, der sich primär auf die Anforderungen der metropolitanen Zielgruppen (global vernetzte Unternehmen, Beschäftigte) richtet, auch wenn die Grundbesitzende Bevölkerung daraus eine hohe Globalisierungsdividende ziehen kann. Metropolisierung bringt drittens eine Stadt der Bewegung hervor, da der stetige Strom bzw. Austausch von Personen, Gü-

tern, Währungen oder Ideen konstituierend für diesen Standorttyp und seine ökonomische Basis ist.

Der Prozess der Metropolisierung hat erkennbar auch Luxemburg stark überformt. Das Land bzw. seine Hauptstadt, die erst in den 2010er-Jahren überhaupt die 100.000-Einwohner-Schwelle überschritten hat (was sie statistisch gesehen zu einer Großstadt macht), sind überdurchschnittlich international. Sie beschäftigen ungewöhnlich viele Erwerbstätige im Vergleich zur Wohnbevölkerung, und dies wurde nur durch die Etablierung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen über die Grenzen des Landes hinaus ermöglicht. Das zugrundeliegende Phänomen der Vernetzung des kleinen Luxemburg mit anderen, auch entfernt gelegenen Standorten hat Alonso bereits 1973 als *borrowed size* (geliehene Größe) bezeichnet, als Funktionsspezialisierung und Bedeutungsüberschuss kleiner Länder, wozu er explizit das Beispiel der Beneluxländer heranzog (Alonso 1973: 200). Der stetige Einstrom von Personen (Berufspendler, Zuwanderer), Gütern (Luftfracht) oder Finanzen ist Ausdruck dieses neuen Typus von Stadt. Er wird in der Literatur auch als „relationale“ oder „extrovertierte“ Stadt bezeichnet (Sigler 2013; Hesse & Wong 2020). Sie fungiert als eine Art Scharnier zwischen Globalisierung und lokaler Ebene, zwischen unterschiedlichen Sprachräumen, Kulturen und Wirtschaftsräumen.

Global city vs. Relationale Stadt



Die Abbildung verdeutlicht das Strukturprinzip von Global City/großer Metropole einerseits (links) und der relationalen Stadt andererseits (rechts), die eingebettet ist in ein – überproportional ausgreifendes – System externer Beziehungen.

Abbildung 1

Diese Urbanisierung nach dem Muster *small but global* hat Luxemburg großstädtische Attribute verliehen, ohne dass es aus sich heraus eine Metropole darstellen würde. Im Windschatten der großen Stadtregionen haben kleinere Standorte den Vorteil überschaubarer Strukturen und kurzer Wege zu Entscheidungsträgern – das sogenannte Ökosystem, in dem jede/r jede/n kennt. Dies macht die Umsetzung von Innovationen manchmal leichter und schneller möglich als in großen Metropolen oder föderalen Staaten. *Small but global* hat schließlich auch Vorteile für die Bewohner, die hochklassige Kultur in der Maßstäblichkeit einer Fahrradstadt genießen können, oder eben eine Vielzahl exzellenter Restaurants, die eine Stadt vergleichbarer Größenordnung sonst nicht bieten könnte.

Probleme der internationalen Stadt

Trotz bzw. wegen der enormen Wohlstandsentwicklung in Stadt und Land gibt es eine Reihe von urbanistischen Problemen, die mit der Metropolisierung Luxemburgs verbunden sind. Echte Metropolen hatten in der Regel Zeit, Raum und Ressourcen, um Wachstum zu absorbieren und sich zu ordnen bzw. um die damit verbundenen Konflikte zwischen alt und neu zu lösen. Metropolisierung kleiner Städte verläuft dagegen oft erratisch und drückt dem Territorium sehr dezidiert einen Stempel auf. Entsprechende Paradoxien und Konflikte fordern die Stadt- und Landesplanung auch hierzu heraus: Der stark steigende Bedarf an Büroflächen kreiert in großem Stil gebaute Inseln, regelrechte Enklaven, deren Integration die Stadtplanung noch Jahrzehnte später herausfordert. Der Mangel an Wohnraum ist evident, je mehr Arbeitsplätze der Finanzplatz, Unternehmenszentralen und die europäischen Institutionen bieten. Spätestens wenn Luxusapartments als globales Anlageobjekt auf den Markt drängen (wie im Fall der Place de l'Étoile), deutet sich eine neue Stufe des Verwertungsrennens an, das erschwingliches Wohnen zur Illusion macht. Dies ist einerseits eine direkte Konsequenz des großen Entwicklungsdrucks, der auf dem Territorium lastet; andererseits wird dieser Effekt durch die spekulative Vorhaltung von Boden, die Dominanz kommerzieller Entwickler sowie komplexe Prozeduren in der Planung verstärkt (Hesse 2019).

Mit Blick auf die Umwelt kommen neben der Landnahme für die Expansion der Bauflächen vor allem steigende Verkehrsprobleme in Betracht. Das Grenzpendleraufkommen stellt nur die eine Seite der Medaille dar; die vielen Binnenverkehre mit Luxusfahrzeugen sind die andere Seite. Ferne genießt scheinbar Vorrang vor Nähe: So kann man bis zu zehnmal pro Werktag nach London und drei- bis viermal nach Genf fliegen. Bahnreisen in benachbarte Großstadtregionen oder Metropolen wie das Ruhrgebiet, nach Frankfurt am Main oder Brüssel dauern dagegen gefühlt immer noch so lange wie zu Vorkriegszeiten.

Schließlich kann schneller Wandel auch zu mentaler Überforderung führen. Wo Wirtschaft, Gesellschaft und gebaute Umwelt sich radikal ändern, da sind soziale Spaltungstendenzen nicht weit, ebenso wie latente Identitätskonflikte. In wirtschaftlich guten Zeiten werden solche potenziellen Konflikte durch allgemein steigenden Wohlstand überdeckt; in Krisenzeiten können sie aber schnell offen zutage treten. Die Beschwörung von Heimat und Vergangenheit kann die stark internationale Gesellschaft daher

ebenso irritieren wie ökonomische Risiken durch Abhängigkeit von außen. Das Dilemma ist indes real: Man kann nicht per *geliebener Größe* an die Spitze des globalen (!) Sozialprodukts klettern, aber zugleich tradierte Verhältnisse und Besitzstände mehr oder minder konservieren wollen. Dieser Widerspruch ist praktisch unauflösbar. Das damit einhergehende politische Dilemma zeigt sich auch in der Bedrohung des Luxemburger ‚Geschäftsmodells‘ durch das COVID-19-Virus.

Das Virus: Disruption der internationalen Stadt

Luxemburg ist vom Ausbruch von COVID-19 stark betroffen. Die Zahl der Infektionen ist auf 3.995 angestiegen, und die Zahl der Todesopfer lag am 27. Mai 2020 bei 110 (basierend auf Informationen der Regierung und Daten der Johns Hopkins University). Bezogen auf seine Bevölkerung von etwa 620.000 Einwohnern liegt die Zahl der Todesopfer bei 181 pro 1 Million Einwohner, was weniger als einem Fünftel der Werte in Belgien und weniger als der Hälfte der Werte in Frankreich entspricht, aber fast doppelt so hoch liegt wie in Deutschland. Die politischen Reaktionen auf den Ausbruch von COVID-19 wurden im Großherzogtum Mitte März eingeführt und entsprechen der Praxis anderer Länder. Die Regierung beschloss, das öffentliche Leben herunterzufahren, wobei Schulen und höhere Bildungseinrichtungen effektiv für zwei Monate geschlossen, Einzelhandel und kommerzielle Aktivitäten auf das Wesentliche beschränkt (z. B. Supermärkte oder Apotheken) und auch der internationale Reiseverkehr erheblich begrenzt wurde. Die Hauptstadt, die an Werktagen normalerweise extrem geschäftig ist, strahlt ein Gefühl der Ruhe und Stille aus, das man eigentlich nur vom frühen Sonntagmorgen her zu kennen glaubt.

Infolge dessen war das Wirtschaftsleben zeitweise stark zum Erliegen gekommen, und Nachbarländer wie Frankreich oder Deutschland hatten zwischen Mitte März und Mitte Mai 2020 das Schengener Abkommen ausgesetzt und Grenzkontrollen eingeführt, die den Grenzübertritt ohne triftigen Grund verhinderten; Arbeitspendeln gehörte zu den wenigen essenziellen Tätigkeiten. Die unter nationaler Flagge operierende Fluggesellschaft Luxair hatte den gesamten Passagierverkehr für mindestens zwei Monate ausgesetzt, während der Frachtverkehr mit erhöhter Frequenz betrieben wird. Dies ist nicht zuletzt auf Luxemburgs Frachtzentrum sowie seine Spezialisierung u. a. auf Transport und Verteilung von pharmazeutischen Produkten zurückzuführen.

Die Regierung hat Subventionen und Kredite in einer Größenordnung von 10,4 Milliarden Euro zur Stabilisierung der nationalen Wirtschaft mobilisiert. Ein erster Beitrag luxemburgischer Forschungseinrichtungen zu den kurz- und mittelfristigen Folgen des COVID-19-Ausbruchs und der damit verbundenen Schließung kommt zu einer eher skeptischen Einschätzung (Research Luxembourg 2020). Selbst wenn die Wirtschaft in absehbarer Zeit zu ihrem früheren Zustand zurückkehren würde, dürfte die Rezession aufgrund von COVID-19 tiefer ausfallen als die Folgen der Finanzkrise von 2008. Ungewöhnlich offen wird dort zudem festgestellt, dass „die Gefahr eines systemischen Zusammenbruchs des Finanzsystems sowohl weltweit als auch auf europäischer Ebene nicht ausgeschlossen werden kann.“ (Übers. n. ebd.)

Der *shutdown* hat gezeigt, dass der Kleinstaat in zweifacher Hinsicht besonders anfällig für Schocks wie eine globale Pandemie ist. Erstens gibt es ein weitreichendes Problem der Konnektivität: Mobilität jedweder Art, die für seine offene Wirtschaft unerlässlich sind, bringen das Virus auch auf sein Territorium. Unverzichtbar für das Großherzogtum Luxemburg sind die inzwischen 200.000 Arbeitskräfte (fast die Hälfte des nationalen Arbeitsmarktes), die jeden Werktag die Landesgrenzen überqueren, um das Geschäftsmodell Luxemburgs am Laufen zu halten. Während es Kleinstaaten an heimischen Märkten mangelt, sind sie auf interregionale und internationale Pools an hoch qualifizierten Arbeitskräften angewiesen, die internationale Grenzen überschreitend mobilisiert werden. Daher sind Erreichbarkeit und Infrastrukturpolitik hier von entscheidender Bedeutung. Auch die einzigartige Position Luxemburgs als Vermittler und Makler zwischen verschiedenen nationalen Mächten innerhalb internationaler Systeme, vor allem der EU, ist auf diese Arbeitskräfte angewiesen. Hinzu kommt die spezifisch luxemburgische Arbeitsteilung zwischen qualifizierten (ausländischen) Arbeitnehmern einerseits, die eine Vielzahl relevanter Positionen in Basissektoren und in der privaten Wirtschaft besetzen, und Staatsangehörigen andererseits, die das Privileg einer (ungewöhnlich hoch bezahlten) Beschäftigung im staatlichen und kommunalen Sektor haben. Sollte der Pendlerstrom über einen längeren Zeitraum unterbrochen bleiben, dann kann dieses Modell nicht auf Dauer funktionieren.

Im Licht der in den letzten drei bis vier Jahrzehnten erfolgreich angeworbenen Kapitalflüsse in den Finanzmarkt stellt das Coronavirus wohl die größte Bedrohung für die Wettbewerbsposition Luxemburgs dar. Was mit der Gewährung von teils legalen, teils halb-legalen Steuervorteilen begann und massive Kapitalströme aus den Nachbarländern anzog, wurde zu einem vollwertigen globalen Finanzplatz, der Investmentfonds, Versicherungen, Rechtsberatung und in jüngster Zeit auch *Fintech*-Dienstleistungen umfasst. Diese Maschine trägt massiv zum Staatshaushalt bei. Um sie am Laufen zu halten, bedarf es einer globalen Wirtschaft, die vor allem durch die Trennung von Realwirtschaft und Finanzsystem funktioniert, eines Kreislaufs von Erträgen und Wertschöpfung, die nicht zuletzt in Steueroasen und anderen spezialisierten Bereichen gebündelt werden. Ein solches Geschäftsmodell ist aber zugleich störungsanfällig, da die damit verbundenen Ökosysteme eine persönliche Kommunikation erfordern, die jedoch stark eingeschränkt ist und womöglich weiter begrenzt sein wird. Die Aussicht auf öffentliche Rettungsaktionen für große globale Unternehmen an anderen Orten könnte mit politischem Druck verbunden sein, die Schattenfinanzierung zu stoppen und sich an die nationale Besteuerung anzupassen. Dies würde den Investitionsfluss in Finanzmarktplätze wie Luxemburg effektiv austrocknen. Auf mittlere Sicht stellt sich die Frage, ob spezialisierte Finanzmarktenklaven überhaupt eine Strategie der Resilienz entwickeln können (vgl. Dörny/Schulz 2018).

Auch die Tatsache, dass Freihandel und Globalisierung heute zunehmend infrage gestellt sind, stellt eine Bedrohung für Intermediäre dar, die auf nahtlose Personen-, Waren- und Finanzströme oder die Beherbergung von Regierungsfunktionen angewiesen sind (Credit Suisse Research Institute 2016). Das Welthandelsvolumen ist bereits in jüngster Zeit rückläufig, weitere Verluste würden auch die Rolle Luxemburgs als physische Schnittstelle in globalen ökonomischen Netzwerken infrage stellen. Das Land be-

herbergt ein wichtiges Frachtzentrum für den internationalen Güterumschlag und hat zudem ein Logistik-Cluster entwickelt und damit wirtschaftliche Gewinne aus dem Verkehr erzielt. „When globalisation comes to a halt, we’re done“, so die Aussage eines lokalen Logistikmanagers (Hesse 2018) – die Risiken für Knotenpunkte in globalen Netzwerken, die aus stark veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hervorgehen, können erheblich sein. Obwohl Luxemburg ein Binnenland darstellt, ist es auch im Bereich der maritimen Dienstleistungen und des Finanzwesens tätig; es beherbergt einen *freeport*, ein Hochsicherheitsdepot zur Einlagerung von Sammlerstücken von höchstem Wert, als jüngste Strategie zur lokalen Kapitalisierung globaler Wertketten. Auch diese Aktivitäten beruhen auf einem reibungslosen Austausch mit anderen Standorten der globalen Ökonomie.

Zweitens ist der extraktive Modus der wirtschaftlichen Entwicklung mit einem steigenden Druck auf die bebaute Umwelt verbunden. Dies überrascht nicht, wenn man bedenkt, dass die Bevölkerung des kleinen Staates derzeit alle sieben bis acht Jahre um 100.000 Menschen wächst. Die auf Wachstum bezogenen wirtschaftlichen Interessen der internationalen Institutionen, der Gemeinden sowie der Grundbesitzer, die von dieser Nachfrage profitieren, setzt das kleine und topografisch schwierige Terrain der Hauptstadt unter enormen Entwicklungsdruck. Als Folge der explodierenden Nachfrage erscheint der Immobilienmarkt insbesondere in der boomenden Hauptstadt völlig überhitzt: Die Verkaufspreise und Mieten sind im Durchschnitt doppelt so hoch wie auf den Märkten der Nachbarländer. Großprojekte und die starke Rolle privater Verwertungsinteressen im Entwicklungsprozess haben die städtische Integration kaum möglich gemacht. Der Ausbruch von COVID-19 hat gezeigt, dass eine größere Immobilienkrise bei schwerwiegenden Störungen des Geschäftsmodells des Landes unvermeidlich sein könnte. Auch wird offensichtlich, dass die massive Konzentration der Landnutzung in Verbindung mit einer täglichen Verdoppelung der arbeitenden Bevölkerung eine große Zahl von Menschen einem erhöhten Umwelt- und Gesundheitsrisiko aussetzt. Mögliche Infektionen sind nur eine Folge davon, während die Luftverschmutzung in Städten, die auf einer austauschorientierten Ökonomie beruht, ein bereits etabliertes Problem darstellt.

Metropolisierung gestalten, Resilienz stärken?

Die komplexen Voraussetzungen und Effekte der Metropolisierung zu gestalten, ist eine große Herausforderung. Das Problem der extrovertierten Stadt ist, dass sie sich räumlich weitgespannt und zeitlich hochverdichtet entfaltet. Dies fordert bereits jede Planung im Normalzustand heraus, von Extremsituationen ganz abgesehen. Der durch COVID-19 bedingte *lockdown* hat die immanenten Risiken der jüngeren Entwicklung jedoch offensichtlich gemacht. Die Ausbreitung des Virus und die damit einhergehenden Einschränkungen haben das Geschäftsmodell der *small-but-global*-Urbanisierung elementar auf den Kopf gestellt: Die Überwindung von Distanz durch ein notwendiges, aber *de facto* dysfunktionales Mobilitätssystem wie auch die starke Tendenz zur Verdichtung in der Hauptstadtagglomeration erweisen sich in diesen Zeiten als Risiko.

Die relationale Stadt, das kleine aber globale Finanzzentrum ist keine resiliente Stadt. Es ist nicht hinreichend robust gegenüber externen Schocks und harter Regulation. In der jüngeren Vergangenheit konnte man sich an die zunehmende Kontrolle internationaler Finanzströme und das damit einhergehende Austrocknen von Steuernischen noch anpassen: durch eine intelligente Kombination von Abwehr, Abwarten und Alternativen entwickeln. Dagegen werden in naher Zukunft Anpassungen ganz anderen Ausmaßes gefragt sein – soll die Konstruktion einer globalen bzw. großregionalen Wohlstandsinsel nicht *per se* zur Disposition gestellt werden. Vielleicht kann die schmerzhafteste Erfahrung mit dem zwischen März und Mai 2020 politisch verordneten Stillstand aber auch einige lehrreiche Einsichten über tragfähige Modelle der Stadtentwicklung in der Zukunft befördern. Sollte man also nicht *as-soon-as-possible* zu den Mustern und Abläufen der Zeit vor der globalen Ausbreitung des Virus zurückkehren wollen (ein Reflex, über dessen Attraktivität für die Eliten in Stadt und Land man sich keine Illusionen machen sollte), dann bietet die jüngere Erfahrung womöglich Anregungen zur Korrektur nicht nachhaltiger, nicht resilienter Entwicklungspfade. Dies gilt ganz unabhängig von kurzfristigen gesundheitspolitischen Maßnahmen, die auf absehbare Zeit erforderlich sein dürften. Es richtet sich sowohl auf die wirtschaftliche Entwicklung als auch auf Urbanismus und Raumplanung.

Eine wirtschaftliche Erholung von Stadt und Land ist momentan nur schwer vorhersehbar, da diese fast vollständig von der Erholung der Weltwirtschaft abhängt. Angesichts der Verwundbarkeit globaler Lieferketten, die über große Entfernungen hinweg zuverlässig organisiert und kontrolliert werden müssen, diskutieren einige Länder Vorschläge zur Verkürzung und Renationalisierung ihrer Netzwerke. Ökonomische Selbstversorgung kann jedoch in Nationalstaaten, deren Gesamtbevölkerung im Bereich der Großstadtreionen anderer Länder liegt, kaum sinnvoll und machbar sein. Relationale Territorien sind zu klein für die Errichtung eines ausreichenden Binnenmarktes, es fehlt diesen kleinen Einheiten schlichtweg eine ausreichende Nachfrage für die Schaffung einer vernünftigen inländischen Basis. Eine Diversifizierung der Wirtschaft ist zweifellos erforderlich und wird bereits erprobt; entsprechende Effekte sind mit Blick auf eine robuste Wirkung aber nur langfristig zu erwarten.

Alternative Geografien für das Post-Corona-Luxemburg

Im Hinblick auf Urbanisierung und Raumplanung bietet das aktuelle Problem einen sinnvollen Anlass, über alternative Geografien für relationale Städte nachzudenken (Hesse/Rafferty 2020). Für Luxemburg-Stadt wäre es jenseits vieler Details zentral, die Balance zwischen Leben und Arbeiten, Wohnen und Wertschöpfung, Weltmarkt und Lokalem neu zu justieren. Nur dann hätten Ambitionen in Richtung einer nachhaltigen Raumentwicklung und einer größeren Widerstandskraft gegen externe Schocks eine Basis. Ein solches neues Gleichgewicht würde alle Gemeinden robuster und weniger verwundbar machen. Es könnte sich auf drei verschiedenen Wegen entfalten: in einem neuen Umgang mit Grund und Boden im Allgemeinen und der Förderung sozialverträglichen Wohnens im Besonderen; bezogen auf die ungleiche Raumentwicklung zwischen der Hauptstadtregion und dem Rest des Landes, wozu auch die Organisation des

städtischen Raums und der baulichen Dichte gehört; schließlich in einer Neujustierung der räumlichen Governance bezogen auf die Anforderungen von außen (der extrovertierten Stadt) sowie die jeweiligen konkreten Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort.

Im Kontext eines kleinen, aber eng mit anderen Standorten verbundenen Bezugsraums scheint die Mobilisierung von Land für die Bewältigung dieser Herausforderung von entscheidender Bedeutung zu sein. Während orthodoxe (neo-)liberale Kommentare die steigenden Grundstückspreise und die daraus resultierende Unbezahlbarkeit von Wohnraum als „natürliche Begleiterscheinung des Erfolgs“ (Economist 2015) betrachtet haben, zeigt ein Blick auf die Wohnsituation, dass diese Probleme ein Ergebnis politischer Rahmensetzungen sind. Die Hauptstadt leidet in dieser Hinsicht massiv unter ihrem wirtschaftlichen Erfolg, was insbesondere an dramatisch steigenden Immobilienpreisen ablesbar ist. Da diese Situation durch Familieneigentum vererbt wird und die Wege zum Wohneigentum für einen wachsenden Teil der Gesellschaft versperrt bleiben, müsste die Wohn- und Mietsituation vieler Menschen strukturell verbessert werden. Darüber hinaus sollte der Staat seine traditionelle Haltung des *laissez-faire* beim Bau und Erwerb von Wohnungsbestand aufgeben, um den spekulativen Immobilienmarkt stärker zu kontrollieren. Dies hätte zur Voraussetzung, dass die Regierung das Terrain der Hauptstadt nicht nur als *prime business location* betrachtet, sondern auch als Gegenstand eines dem Gemeinwohl verpflichteten Urbanismus. Dies wäre vor allem Aufgabe des Nationalstaates, der eine stärkere Kontrolle über die Hebel der Raumplanung ausüben sollte.

Der zweite Aspekt dieser alternativen Geografie ist die Frage, warum das seit mindestens zwei Jahrzehnten in Luxemburg in der Raumplanungspolitik avisierte territoriale Gleichgewicht zwischen Hauptstadt-Agglomeration und dem Rest des Landes entweder fehlgeschlagen ist oder nicht realisiert wurde. Interessanterweise bietet der relationale Wachstumspfad Möglichkeiten für eine dezentralisierte Planung, die jedoch derzeit nicht genutzt werden. Eine Sekundärfolge von Metropolisierung ist, dass der funktionale Raum nicht mit den Grenzen des politisch-administrativen Raums übereinstimmt. Dieses Phänomen hinterlässt ein politisches Vakuum, sowohl international in der Großregion wie auch national, das durch eine kluge, reflexive Governance gefüllt werden müsste. Auf der Ortsebene besteht die Notwendigkeit, Dichte als Leitbild kritisch zu beleuchten. Dichte gilt in der Planungspraxis als Zeichen der Nachhaltigkeit, in der praktizierten Form dient sie jedoch primär den Interessen der eigentumsorientierten Entwicklung. Die Auseinandersetzung mit Dichte, die zugegebenermaßen nur ein Faktor unter mehreren für die derzeitige Ausbreitung infektionsbedingter Todesfälle ist, könnte in Verbindung mit öffentlichem Wohnungsbau und einer verbesserten Infrastruktur die künftige Entwicklung des Landes in Richtung dezentraler Konzentration neu ausrichten. Dies würde die Hauptstadt sicher widerstandsfähiger machen.

Drittens wäre ein besseres Verständnis von politischer Machtausübung im Rahmen der relationalen Städte sinnvoll. Politisches Entscheiden bleibt hier oft hinter *growth machine-Strategien* verborgen. Dagegen ist Partizipation der Zivilgesellschaft entweder unterentwickelt oder bleibt, zum Beispiel im Urbanismus, in den Nebenschauplätzen des *tokenism* verhaftet. Die Städte müssten jedoch den Raum bekommen, in dem sie at-

men (und denken) können, um die Probleme ihrer raschen, fragmentierten und ungleichmäßigen Entwicklung angemessen zu lösen. Wenn Keil und Ali (2007) die spezifischen Formen des Regierens der *sick city* erörtern, gibt es einige Lehren zu ziehen für den Umgang mit relationalen Städten bezogen auf das, was man jetzt „neue Normalität“ nennt. Es ist offensichtlich, was die *small but global*-Metropolen von den echten Weltstädten trennt: Auf der einen Seite sind sie scheinbar nahtlos in globale Zusammenhänge integriert und attraktiv für eine hochmobile Elite, der sie einen metropolitanen Arbeitsplatz sowie entsprechende Infrastrukturen bieten. Andererseits haben viele lokale Communities in der stark fragmentierten Stadt immer weniger Raum (im übertragenen wie im sprichwörtlichen Sinne) zur Entfaltung ihrer eigenen Ansprüche und Interessen.

Ausblick

Der Prozess der Metropolisierung bringt relationale oder extrovertierte Städte hervor – als einen sperrigen Sonderfall der Stadtentwicklung. Dieser Sonderfall ist mit Standardrezepten des Urbanismus schon unter normalen Bedingungen kaum konfliktfrei zu steuern, erst recht nicht in Zeiten des Ausnahmezustandes, wie ihn COVID-19 und die damit verbundenen Maßnahmen mit sich gebracht haben. Trotzdem, beziehungsweise gerade deshalb, sind alternative Bilder und Szenarien notwendig, um konkurrierende Entwicklungsoptionen zu entwerfen und die Bedingungen für ihre Realisierung zu definieren. Alternative Imaginationen bleiben zwar oft konzeptionell, und die Kräfte, die für eine Rückkehr zu *business-as-usual* eintreten, sind zweifellos stark. Auch ist die Neigung, Diskussionen mit offenem Ausgang zu führen, in Luxemburg eher unterentwickelt, speziell aufseiten der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Wunschdenken kann auch unrealistische Erwartungen wecken, die die Diskussion nicht voranbringen. Allerdings hat COVID-19 mit einer gewissen Dramatik die Notwendigkeit in Erinnerung gerufen, dass sich auch wohlhabende Länder bzw. Städte mit Alternativen zum scheinbar alternativlosen Status quo befassen sollten.

Der kurzfristige *shutdown* bietet eine seltene Gelegenheit, tradierte Gewissheiten infrage zu stellen und längerfristige Orientierungen neu zu denken. Dies schließt die Frage danach ein, ob Forschung zu den Konsequenzen von COVID-19 und zu den politischen Strategien im Umgang damit auch die jeweiligen Bedingungen der Wissensproduktion reflektieren sollte. Jenseits der kurzfristigen Krisenbewältigung zielen Sozial- und Humanwissenschaften grundsätzlich auf eine kritische Überprüfung dieser ‚Verhältnisse‘. Es hat jedoch den Anschein, dass die einschlägige Forschung zu den Auswirkungen von COVID-19 auf die Luxemburger Gesellschaft eine bereits bekannte Unwucht im Wissenschaftssystem reproduziert: Es dominiert ein technisch-instrumentelles Verständnis von Krise und möglichen Lösungsansätzen, während die jeweiligen Rahmenbedingungen, Prioritätensetzungen und die der Praxis unterliegenden Machtpolitiken ausgeblendet bleiben. Oder anders formuliert: Ist der Referenzmaßstab für Arbeiten, wie sie auch hier versammelt sind, die Rückkehr zum Status quo ante, oder hätte Wissenschaft hinreichenden Anlass dazu, nicht resiliente bzw. nicht nachhaltige Strukturen an sich zu hinterfragen?

Literatur

- Alonso, W. (1973): Urban Zero Population Growth. In: *Deadalus* 109, S. 191–206.
- Credit Suisse Research Institute (2016): *Getting over Globalization*. Zürich: Credit Suisse.
- Dörry, Sabine/Schulz, Christian (2018): Green financing, interrupted. Potential directions for sustainable finance in Luxembourg. In: *Local Environment* 23, H. 7, S. 717–733.
- Economist, The (2015): The Paradox of Soil. Land-Shackled Economies. Land, the centre of the pre-industrial economy, has returned as a constraint on growth. In: *The Economist* 415, Nr. 8932, S. 21–23. www.economist.com/briefing/2015/04/04/the-paradox-of-soil.
- Hesse, Markus (2016): On borrowed size, flawed urbanisation and emerging enclave spaces: The exceptional urbanism of Luxembourg. Luxembourg. In: *European Urban & Regional Studies* 23, H. 4, S. 612–627. <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0969776414528723>.
- Hesse, Markus (2018): Unpublished Research Interview w/Business Executive, Luxembourg 3rd July 2018.
- Hesse, Markus (2019): Metropolisierung oder die zweite Häutung der Stadt. In: *forum* 397, S. 29–32. <http://hdl.handle.net/10993/40044>.
- Hesse, Markus/Rafferty, Michael (2020): Relational Cities Disrupted: Reflections on the Particular Geographies of COVID-19 For Small But Global Urbanisation in Dublin, Ireland, and Luxembourg City, Luxembourg. In press: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie/Journal of Economic and Social Geography (in press)*. <https://doi.org/10.1111/tesg.12432>.
- Hesse, Markus/Mei-Ling Wong, Catherine (2020): Cities seen through a relational lens. Exploring niche-economic strategies and related urban development trajectories of Geneva (Switzerland), Luxembourg & Singapore. In: *Geographische Zeitschrift (in press)*. <https://doi.org/10.25162/gz-2019-0020>.
- Keil, Roger/Ali, Harris (2007): Governing the Sick City: Urban Governance in the Age of Emerging Infectious Disease. In: *Antipode* 39, H. 5, S. 846–873. <https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.2007.00555.x>.
- Research Luxembourg (2020): Economic effects of Covid-19 in Luxembourg. First RECOVid working note with preliminary estimates. Luxembourg: Research Luxembourg.
- Sigler, Thomas J. (2013). Relational Cities: Doha, Panama City, and Dubai as 21st Century Entrepôts. In: *Urban Geography* 34, H. 5, S. 612–633. <https://doi.org/10.1080/02723638.2013.778572>.